

### Thema der Woche

Gute Handelsbeziehungen mit unserem zweitwichtigsten Handelspartner USA nützen exportorientierter heimischer Wirtschaft

### In Kürze

Roadmap der Kommission zur Evaluierung der KFZ-Gruppenfreistellungsverordnung mit Feedbackmöglichkeit veröffentlicht

Nachhaltige Finanzierung: Kommission konsultiert zu nichtfinanzieller Berichterstattung

Trilogergebnis zum Bankenreformpaket bestätigt

EP-Plenum: Zustimmung zu FDI-Screening-Trilogergebnis

### Neues aus dem Rat

Horizont Europa post-2020: Minister verständigen sich auf Liste für Missionen und Partnerschaften

### Neues aus anderen Bereichen

EU-Kommission intensiviert Vorbereitungen für No Deal-Brexit – Wirtschaftskammer steht heimischen Betrieben zur Seite

Einigung auf neue Verordnung zur Durchsetzung der Produktsicherheitsvorschriften im EU-Binnenmarkt – Schritt zu fairem Wettbewerb durch einheitlichen Rahmen

### Neues aus den Verbänden

Rabmer-Koller bei Rumäniens Staatspräsident Johannis:  
KMU sind der Schlüssel für die Zukunft Europas

### Statistik der Woche

Eurobarometer: Österreicher stellen EU besseres Zeugnis aus

### EU-Agenda

EU-Kommission: 2285. Sitzung am 27. Februar 2019

EU-Parlament: Ausgewählte Ausschüsse der kommenden Woche

EuGH: Ausgewählte Fälle der kommenden Woche

EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

### Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich  
Av. de Cortenbergh 30  
B-1040 Brüssel  
Telefon: +32 2 286 58 80  
Internet: [wko.at/eu](http://wko.at/eu)

Redaktion:  
Franziska Annerl  
E-Mail: [Franziska.Annerl@eu.austria.be](mailto:Franziska.Annerl@eu.austria.be)



Folgen Sie uns auf facebook

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder  
sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:  
[eu@eu.austria.be](mailto:eu@eu.austria.be)

## Gute Handelsbeziehungen mit unserem zweitwichtigsten Handelspartner USA nützen exportorientierter heimischer Wirtschaft

Einige Bewegung gab es diese Woche rund um die Handelsbeziehungen zwischen den USA und der Europäischen Union bzw. Österreich: Der Ausschuss für Internationalen Handel (INTA) des Europäischen Parlaments hat am Dienstag eine Resolution verabschiedet, in der er das **Mandat der EU-Kommission zur Aufnahme von Handelsgesprächen** unter der Einhaltung bestimmter Auflagen **befürwortet**. Zudem war eine österreichische Delegation zu hochkarätigen Gesprächen in Washington: Beim **Delegationsmeeting** im Weißen Haus mit **Bundeskanzler Sebastian Kurz**, **US-Präsident Donald Trump** und **WKÖ-Präsident Harald Mahrer** am Mittwoch stand die **Wirtschaft ganz oben auf der Agenda**.



Der INTA fordert in seiner **Resolution** unter anderem die Aufhebung der US-Zölle auf Aluminium und Stahl sowie die Aufnahme von Autos und Autozöllen in die Handelsgespräche. Zudem soll die Zivilgesellschaft eingebunden und eine umfassende Folgenabschätzung durchgeführt werden. Das Plenum des Parlaments wird im März über die Resolution abstimmen. Die Kommission hatte am 18. Jänner 2019 **Vorschläge für zwei Verhandlungsmandate** betreffend den Handel mit den USA veröffentlicht: ein Mandatsentwurf für die **Konformitätsbewertung** sowie einer für die **Abschaffung von Zöllen auf industriell-gewerbliche Waren**. Der Rat muss diesen Entwürfen noch zustimmen. Diskussionen dazu stehen unter anderem beim informellen Handelsministerrat am 21. und 22. Februar in Bukarest auf der Agenda.

Am 17. Februar endete zudem die Frist für den **Bericht zur 232 Section-Untersuchung** (aus Gründen der „nationalen Sicherheit“) der **USA zu möglichen Importbeschränkungen für Autos und Autoteile**, die Präsident Trump von seinem Wirtschaftsminister Wilbur Ross letzten Mai **gefordert** hatte. Präsident Trump hat nun 90 Tage – also bis Mitte Mai – Zeit, eine diesbezügliche Entscheidung zu treffen.

Am 25. Juli 2018 war von Kommissionspräsident Juncker und US-Präsident Donald Trump in einer gemeinsamen **Erklärung** eine **neuen Phase der Kooperation zwischen der EU und den USA** ausgerufen worden. Neben dem Abbau von Zöllen und nicht-tarifären Handelshemmnissen haben sich die EU und die USA unter anderem auch darauf verständigt, an einer Reform der Welthandelsorganisation (WTO) zu arbeiten. Seitdem laufen wieder intensivere Gespräche zwischen den zwei Partnern. Für unsere exportorientierte Wirtschaft sind die **USA der zweitwichtigste Handelspartner**: Österreichische Betriebe haben im Jahr 2018 Waren im Wert von zehn Milliarden Euro in die USA exportiert. Straßenfahrzeuge, Kraftmaschinen und -ausrüstungen sowie Getränke stehen dabei ganz oben auf der Liste.

Die Vereinbarung und **weitere Gespräche über den Abbau von Handelsschranken** zwischen der EU und den USA sind **wichtige Signale der Entspannung und gut für Wachstum, Jobs und Wohlstand**. Eine Vereinbarung über den Abbau von Handelsschranken zwischen der EU und den USA nützt allen. Zudem gilt es, eine weitere Eskalation des Handelsstreits mit den USA zu vermeiden. Es ist daher richtig, dass die EU **an offenen Gesprächskanälen mit Washington festhält**. Auch in den jetzigen turbulenten Zeiten ist der Dialog mit den USA wichtig. Klar ist aber auch, dass sich die EU von den USA nicht erpressen lassen darf. Ziel muss es sein, **am Verhandlungstisch Lösungen zu finden**.

Ansprechpartnerin: **Sophie Windisch**

### Inhaltsverzeichnis

### Roadmap der Kommission zur Evaluierung der KFZ-Gruppenfreistellungsverordnung mit Feedbackmöglichkeit veröffentlicht

Nach den EU-Kartellvorschriften sind vertikale Vereinbarungen und abgestimmte Verhaltensweisen, die zu einer Beschränkung des Wettbewerbs in einem bestimmten Sektor führen können, grundsätzlich verboten. Gegenwärtig sind **bestimmte Vereinbarungen und Praktiken in der Automobilbranche von diesem Verbot ausgenommen, doch diese Freistellung läuft am 31. Mai 2023 aus**. Im Rahmen einer Bewertung wird geprüft, ob diese Freistellung nach wie vor wirksam und effizient sowie mit anderen Vorschriften auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten vereinbar ist. Dazu hat die Kommission nun eine erste **Roadmap** veröffentlicht, zu der **bis 19. März 2019 Rückmeldungen online eingereicht werden können**. Als künftige weitere Schritte sind eine **öffentliche Konsultation im zweiten Quartal 2020** sowie die Veröffentlichung eines **Evaluierungsberichts im zweiten Quartal 2021** geplant.

### Nachhaltige Finanzierung: Kommission konsultiert zu nichtfinanzieller Berichterstattung

Gemäß der 2014 in Kraft getretenen **Richtlinie** über die nichtfinanzielle Berichterstattung müssen große Unternehmen des öffentlichen Interesses mit mehr als 500 Beschäftigten bestimmte nichtfinanzielle Informationen offenlegen. Dazu hatte die Kommission 2017 unverbindliche **Leitlinien** veröffentlicht, mit deren Hilfe Unternehmen relevante nichtfinanzielle Informationen auf einheitliche und vergleichbare Weise offenlegen können. Im Rahmen des letzten März erschienen **Aktionsplans zur nachhaltigen Finanzierung** verpflichtete sich die Kommission zur Aktualisierung der unverbindlichen **Leitlinien für die nichtfinanzielle Berichterstattung**, insbesondere im Hinblick auf die **Berichterstattung über klimabezogene Informationen**. Daher hat die Kommission am 20. Februar eine **gezielte Konsultation** zu diesen Leitlinien gestartet. Eine Teilnahme ist bis zum 20. März möglich.

### Trilogergebnis zum Bankenreformpaket bestätigt

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten (AStV) hat am 15. Februar im Namen des Rates die **Trilogergebnisse des Bankenreformpakets bestätigt**. Die Kommission hatte am 23. November 2016 dieses **umfassende Paket zur Reform des EU-Bankensektors** vorgestellt. Das Paket beinhaltet **Änderungen der Eigenkapitalrichtlinie (CRD IV) und der Eigenkapitalverordnung (CRR)** sowie der **Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (BRRD)** und der **Verordnung über den einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRMR)**. Die Änderungen betreffen unter anderem **die Eigenkapitalanforderungen**. Des Weiteren ist **im Abwicklungsbereich ein verbessertes Rahmenwerk** vorgesehen. Zusätzlich wird auf das Thema der **Proportionalität stärker eingegangen**. Hier sind unter anderem Vereinfachungen der Offenlegungs- und Berichterstattungsvorschriften für kleinere, weniger komplexe Banken sowie Verbesserungen bei der Kreditvergabe an KMU vorgesehen. Die Annahme des Trilogergebnisses im Europäischen Parlament ist im zuständigen Ausschuss ECON am 26. Februar und im Plenum Mitte April vorgesehen. Anschließend muss der Rat noch final zustimmen. Die WKÖ setzte sich unter anderem für eine **stärkere Beachtung des Proportionalitätsprinzips** ein.

## EP-Plenum: Zustimmung zu FDI-Screening-Trilogergebnis

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat am 14. Februar dem **Trilogergebnis zur Schaffung eines Rahmens zur Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in die Europäische Union zugestimmt**. Die Kommission hatte den **Verordnungsvorschlag** am 13. September 2017 vorgestellt. Durch die neuen Regeln soll keine Verpflichtung für den Einsatz eines Schutzinstrumentes im Hinblick auf ausländische Direktinvestitionen, sondern ein **europäischer Rahmen für den Austausch zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten geschaffen** werden. Der Rat muss noch zustimmen, anschließend kann die Verordnung in Kraft treten. Danach haben die Mitgliedstaaten 18 Monate Zeit, um die Maßnahmen umzusetzen. Die WKÖ begrüßt diesen Schritt.

### Inhaltsverzeichnis

## Neues aus dem Rat

### Horizont Europa post-2020: Minister verständigen sich auf Liste für Missionen und Partnerschaften



Horizon Europe | The EU's next research and innovation programme (2021 – 2027)

Grafik © European Union, 2019

Im Rahmen des **Wettbewerbsfähigkeitsrates** nahmen die für Forschungspolitik zuständigen Minister am Dienstag den **Verhandlungsfortschritt zum Programm zur Durchführung von Horizont Europa** zur Kenntnis und hielten eine Orientierungsaussprache zu jenen Fragen, über die eine Einigung noch ausstand. Dabei konnten sich die Mitgliedstaaten **weitestgehend auf die Formulierung der bislang intensiv diskutierten Liste für zukünftige Missionen und Forschungspartnerschaften** verständigen. Die seitens der rumänischen Präsidentschaft vorgelegte **Liste mit fünf Bereichen für Missionen und acht für Partnerschaften** wurde Medienberichten zufolge seitens der Mitgliedstaaten weitestgehend unterstützt, wobei manche Delegationen noch Wünsche für Schwerpunktsetzungen äußerten. Darüber hinaus ließen sich die Minister über den **aktuellen Stand der Verhandlungen mit dem Parlament über die Horizont Europa-Rahmenprogrammverordnung** informieren.

Aus Sicht der WKÖ stellt das zukünftige EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“ eine überaus sinnvolle Investition in Europas Zukunft dar: der **offene Wettbewerb um die Finanzierung von Wissenschaft und Innovationen in Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Unternehmen auf europäischer Ebene hat die Innovationsfähigkeit stärker gesteigert** (z.B. wissenschaftliche Veröffentlichungen von größerer Wirkung, Zahl und Qualität der Patente) als dies mit nationalen Mitteln allein möglich gewesen wäre und Europa zu einem attraktiven Ort für Talente aus aller Welt gemacht. **Besonders positiv bewertet** wird daher die (unbeschadet des bevorstehenden Austritts des Vereinigten Königreichs) **vorgeschlagene Aufstockung der Mittel für Forschung und Innovation von 77 Milliarden Euro auf annähernd 100 Milliarden Euro in „Horizon Europe“ (2021-2027)**.

Ansprechpartner: **Martin Schmid**



## Neues aus anderen Bereichen

### EU-Kommission intensiviert Vorbereitungen für No Deal-Brexit – Wirtschaftskammer steht heimischen Betrieben zur Seite

Die Vorbereitungen auf einen möglichen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union laufen auf Hochtouren: Die Europäische Kommission hat ihre **Brexit-Informationskampagne für EU-Unternehmen im Bereich Zoll und indirekte Steuern** (z.B. Mehrwertsteuer) für den Fall eines No-Deal-Szenarios intensiviert. Die Kampagne soll vor allem KMU sensibilisieren. Den Unternehmen stehen eine Reihe von **Unterlagen** zur Verfügung, darunter eine **5-Punkte-Checkliste**, die einen Überblick über die zu ergreifenden Maßnahmen bietet. Das Informationsmaterial ist in allen EU-Sprachen verfügbar.

Die EU arbeitet auch an **Maßnahmen**, um Störungen der Luftkonnektivität für Fluggäste und Fracht zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (VK) im Fall eines No Deal Brexit abzumildern. Die Vereinbarung soll es den im VK zugelassenen Luftfahrtunternehmen ermöglichen, grundlegende Luftverkehrsdienste zwischen der Insel und den übrigen 27 Mitgliedstaaten zu erbringen. Diese Rechte sind an die Übertragung gleichwertiger Rechte durch das Vereinigte Königreich an die EU-27 geknüpft. Der rumänische Ratsvorsitz hat dazu mit dem Europäischen Parlament eine Einigung erzielt, die als nächstes von den Mitgliedstaaten abgesegnet werden muss.

Für unsere Unternehmen ist eine möglichst reibungslose Fortsetzung ihrer Handels- bzw. Geschäftsbeziehungen mit dem VK äußerst wichtig. Maßnahmen, um dies zu garantieren, werden von der Wirtschaft begrüßt. Die Wirtschaftskammer steht den österreichischen Betrieben bei ihren Vorbereitungen auf den **Brexit** mit Information, Beratung und Service zur Seite, z.B. mit unserem **Brexit-Infopoint**. Top-Themen, die vom Brexit-Infopoint bearbeitet werden, sind etwa Zoll und präferenziieller Ursprung, Steuern, gewerbliche Schutzrechte, Produktnormung, Gesellschaftsrecht, Arbeits- und Sozialrecht sowie Transport und Verkehr. Unsere Experten informieren auch vor Ort in allen Bundesländern bei **Veranstaltungen**.

Ansprechpartnerin: **Franziska Annerl**

#### Inhaltsverzeichnis

### Einigung auf neue Verordnung zur Durchsetzung der Produktsicherheitsvorschriften im EU-Binnenmarkt – Schritt zu fairem Wettbewerb durch einheitlichen Rahmen

Die Verhandlungsführer von Parlament, Rat und Kommission haben eine vorläufige **Einigung** über eine Verordnung gebilligt, die für eine **verstärkte Durchsetzung von EU-Rechtsvorschriften in Bezug auf nicht konforme Produkte** sorgen soll. Die neuen Regeln sollen sicherstellen, dass auf dem Binnenmarkt in Verkehr gebrachte Produkte sicher sind und den EU-Rechtsvorschriften zum Schutz öffentlicher Interessen, wie beispielsweise Gesundheit, Sicherheit, Verbraucherschutz und Umweltschutz entsprechen.

Die **Verordnung konsolidiert den bereits vorhandenen EU-Rahmen für Marktüberwachungstätigkeiten**, geht auf mit dem Online-Handel verbundene Herausforderungen ein und fördert gemeinsame Aktionen der Marktüberwachungsbehörden mehrerer Mitgliedstaaten. Überdies soll ein vollständig digitaler Workflow im Informationsaustausch zwischen den Behörden und der Kommission eingeführt sowie die Kooperation zwischen den Marktüberwachungsbehörden und den Zollbehörden verbessert werden. So soll ein **verstärkter Rechtsrahmen für Kontrollen bei Produkten, die auf den europäischen Markt gelangen, geschaffen werden**.

Die Schaffung eines einheitlichen Rahmens zur Marktüberwachung ist aus Sicht der WKÖ grundsätzlich zu befürworten. Eine einheitliche und allgemeine Anwendung der Marktüberwachungsregeln in den Mitgliedstaaten, sowie die Verringerung des Verwaltungsaufwands und verbesserter Informationsaustausch und bessere Arbeitsteilung zwischen den Marktüberwachungsbehörden sind erste Schritte in die richtige Richtung. Dadurch kann die Einhaltung sicherheitsrelevanter Normen und Bestimmungen sichergestellt werden und ein fairer Wettbewerb stattfinden.

Der vereinbarte Text wird zunächst wie üblich von den Rechts- und Sprachsachverständigen überarbeitet und anschließend dem Europäischen Parlament und dem Rat zur endgültigen formalen Annahme vorgelegt. Mit der Veröffentlichung der Verordnung kann nach derzeitigem Stand gegen Ende des zweiten Quartals 2019 gerechnet werden.

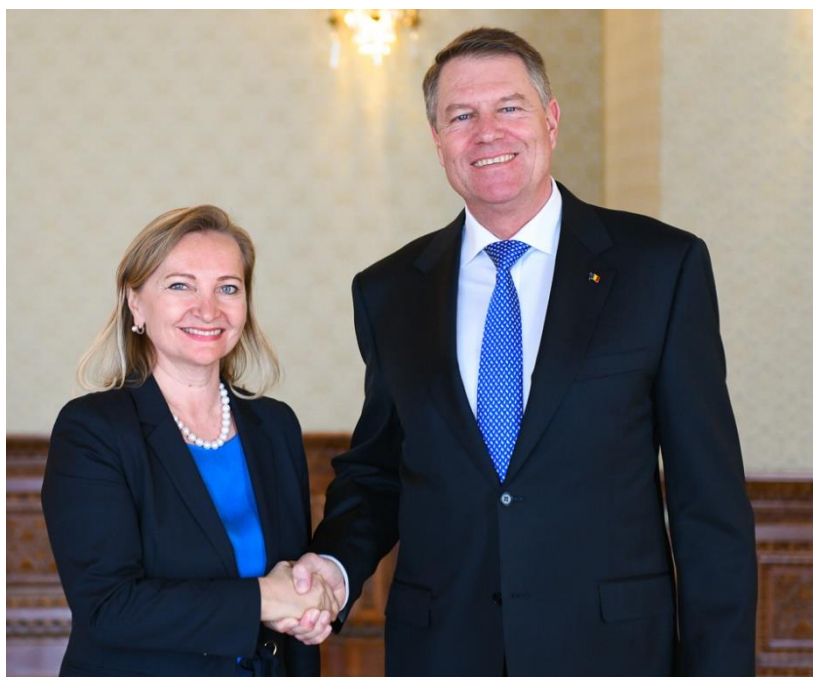
Ansprechpartnerin: Verena Martelanz

#### Inhaltsverzeichnis

## Neues aus den Verbänden

### Rabmer-Koller bei Rumäniens Staatspräsident Johannis: KMU sind der Schlüssel für die Zukunft Europas

WKÖ-Vizepräsidentin und SMEUnited Präsidentin Ulrike Rabmer-Koller traf am Dienstag in Bukarest mit dem rumänischen Präsidenten Klaus Johannis (im Bild rechts) und Handels- und Wirtschaftsminister Radu Oprea zusammen. Rabmer-Koller nutzte ihr Treffen mit Präsident Johannis, um die Bedeutung der kleinen und mittleren Unternehmen für die Europäische Union und ihre Zukunft hervorzuheben. Sie betonte, dass sich Europa am Scheideweg befinde, insbesondere angesichts der Gefahr eines harten Brexit und möglichen Handelshemmnissen. Europas KMU erwarteten daher, „dass die Debatte über die Zukunft Europas in drei Bereichen deutliche Fortschritte macht:



Schaffung eines stabilen politischen und gesellschaftlichen Umfeldes, Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung, Verbesserung der Fairness im Binnenmarkt und beim internationalen Handel.“

Im Hinblick auf die bevorstehende Europawahl unterstrich Rabmer-Koller die Bedeutung von KMU für Europas Wirtschaft und Gesellschaft: „KMU-Unternehmer, deren Familien und Mitarbeiter haben einen entscheidenden Einfluss auf das Ergebnis dieser Wahlen. Wir müssen daher unseren KMU den europäischen Mehrwert stärker bewusstmachen und sicherstellen, dass Europas Entscheidungsträger KMU als die Grundlage

für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand sehen.“ Zum Abschluss übergab Rabmer-Koller Präsident Johannes das **SMEUnited Memorandum** für die Wahlen und stellte die zehn politischen Prioritäten der KMU vor. Bei ihrem Treffen mit Minister Radu Oprea begrüßte Rabmer-Koller die politische Einigung zu Online-Plattformen als ersten wichtigen Schritt zu mehr Fairness für kleinere Plattformunternehmen.

Ansprechpartnerin: **Franziska Annerl**

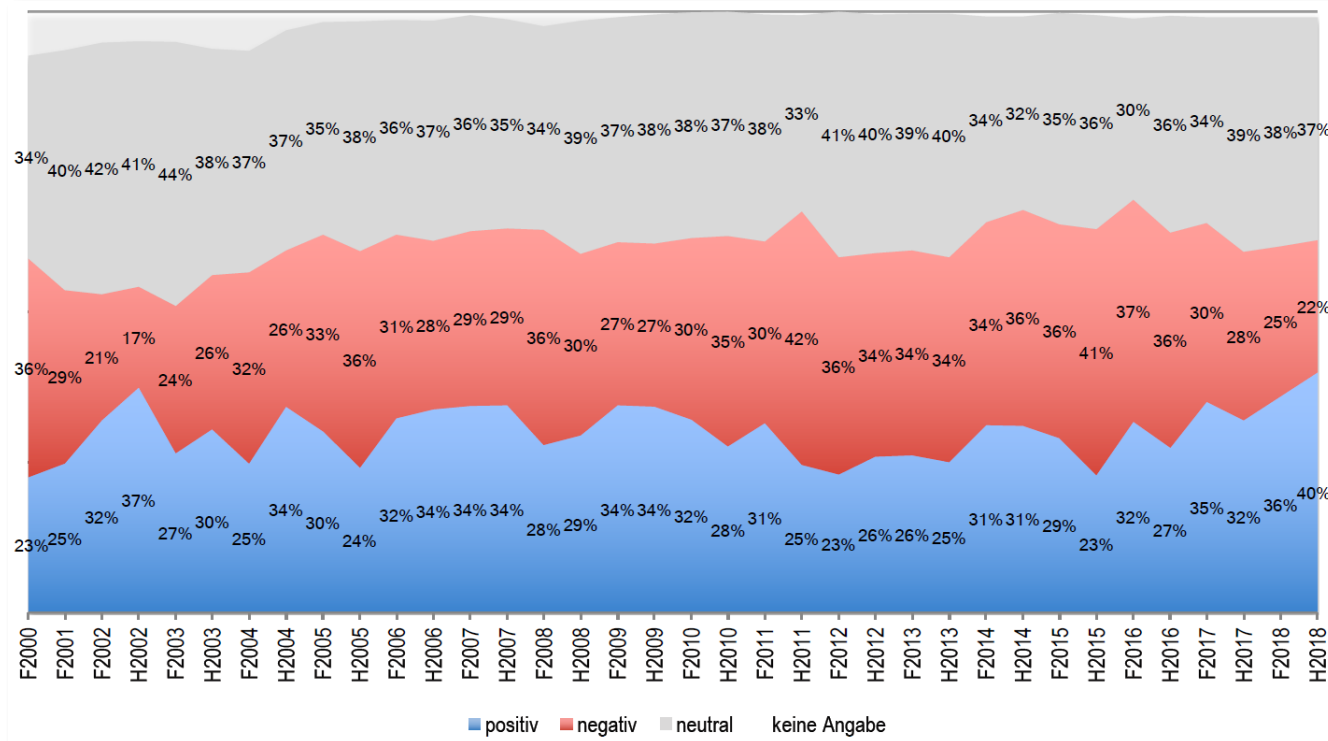
### Inhaltsverzeichnis



## Eurobarometer: Österreicher stellen EU besseres Zeugnis aus

Ein halbes Jahr vor den Wahlen zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 hat eine **Eurobarometer-Umfrage** die Stimmungslage der Österreicherinnen und Österreicher ausgelotet. Die Befragung fand während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft statt. 40 Prozent der Befragten stellen der Union ein positives Zeugnis aus, acht Prozent mehr als noch vor einem Jahr. Drei Viertel der Österreicher und Österreicherinnen fühlen sich als EU-Bürger (EU-Schnitt 71 Prozent) und 79 Prozent finden, dass die EU in der Welt Gewicht hat (EU-Schnitt 73 Prozent). 57 Prozent sind der Meinung, dass ihre Stimme in der EU zählt (EU-Schnitt 49 Prozent).

### Ansehen der EU in Österreich im Zeitverlauf seit 2000



Grafik © European Union, 2018

Hoch bleibt die Zustimmung zum Euro und zur Wirtschafts- und Währungsunion (70 Prozent) sowie die Befürwortung des Grundrechts, überall in der EU leben, arbeiten, studieren und Geschäfte machen zu können (76 Prozent). Trotz des gestiegenen Ansehens der EU glauben nur 32 Prozent der befragten Österreicher, dass



sich die Dinge in der EU derzeit in die richtige Richtung entwickeln. Die österreichischen Befragten sehen vor allem die Zuwanderung (38 Prozent), die Staatsfinanzen der Mitgliedstaaten (28 Prozent) und den Klimawandel (19 Prozent) als dringendste Probleme auf europäischer Ebene.

Ansprechpartnerin: Verena Martelanz

## Inhaltsverzeichnis

# EU-Agenda

## Sitzung der Europäischen Kommission

Voraussichtliche Themen der 2285. Sitzung am 27. Februar 2019:

### Politische Koordinierung / Euro und Sozialer Dialog / Beschäftigung, Soziales und Mobilität der Arbeitnehmer / Wirtschaft und Finanzen

Mitteilung - Europäisches Semester 2019

- Bewertung der Fortschritte bei den Strukturreformen, der Prävention und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte und der Ergebnisse eingehender Überprüfungen

Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Leitlinien für die Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten

Bericht der Kommission an den Rat über die Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlung des Rates vom 20. September 2016 zur Einsetzung nationaler Produktivitätsräte

## Ausschüsse des Europäischen Parlaments

### 25.-26. Februar Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Allgemeines Verbrauchsteuersystem (Neufassung)

Ernennung eines Mitglieds des Einheitlichen Abwicklungsausschusses

Ernennung eines Mitglieds des Direktoriums der Europäischen Zentralbank

Ernennung des Vorsitzes der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde

Europaweites privates Altersvorsorgeprodukt (PEPP)

Verlustabsorptions- und Rekapitalisierungsfähigkeit von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen

Verlustabsorptions- und Rekapitalisierungsfähigkeit von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und Änderung der Richtlinien 98/26/EG, 2002/47/EG, 2012/30/EU, 2011/35/EU, 2005/56/EG, 2004/25/EG und 2007/36/EG

Ausgenommene Einrichtungen, Finanzholdinggesellschaften, gemischte Finanzholdinggesellschaften, Vergütung, Aufsichtsmaßnahmen und -befugnisse und Kapitalerhaltungsmaßnahmen

Verschuldungsquote, strukturelle Liquiditätsquote, Anforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten, Gegenparteiausfallrisiko, Marktrisiko, Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien, Risikopositionen gegenüber Organismen für gemeinsame Anlagen, Großkredite, Melde- und Offenlegungspflichten

#### **25.-26. Februar      Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres**

Europäischer Datenschutzbeauftragter (EDSB)

- Vorstellung des Jahresberichts 2018 durch Giovanni Buttarelli, EDSB

Umsetzung der DSGVO mit besonderem Schwerpunkt auf der Rolle und den Mitteln der Datenschutzbehörden (Follow-up der LIBE-Sitzung im Mai 2018)

- Aussprache mit Andrea Jelinek, Vorsitzende des Europäischen Datenschutzausschusses (EDPB), und Willem Debeuckelaere, Präsident der belgischen Datenschutzbehörde und stellvertretender Vorsitzender der EDPB, und Emmanuel Crabit, GD JUST, Europäische Kommission

#### **26. Februar      Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten**

Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Work-Life Balance) für Eltern und Pflegepersonen

Einrichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde

#### **27. Februar      Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit**

CO<sup>2</sup>-Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge

Förderung sauberer und energieeffizienter Straßentransportfahrzeuge

Aussprache mit Herrn Karmenu Vella, Kommissar für Umwelt, maritime Angelegenheiten und Fischerei, zur Jagd auf geschützte Arten

#### **Inhaltsverzeichnis**

Ausgewählte Fälle der kommenden Woche:

**28. Februar**                      **Schlussanträge Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. gegen Amazon EU Sàrl (Rechtssache C-649/17)**

Zur Auslegung von Art. 6 Abs. 1 Buchst. c der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher werden u.a. folgende Fragen zur Vorabentscheidung vorgelegt: Können die Mitgliedstaaten eine Bestimmung vorsehen, die - wie die Bestimmung des Art. 246a § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 EGBGB - den Unternehmer verpflichtet, dem Verbraucher im Rahmen des Abschlusses von Fernabsatzverträgen vor Abgabe von dessen Vertragserklärung [nicht nur gegebenenfalls, sondern] stets seine Telefonnummer zur Verfügung zu stellen?

Bedeutet die in [der deutschen Sprachfassung des] Art. 6 Abs. 1 Buchst. c der Richtlinie 2011/83/EU verwendete Wendung „gegebenenfalls“, dass ein Unternehmer nur über in seinem Unternehmen bereits tatsächlich vorhandene Kommunikationsmittel informieren muss, er also nicht gehalten ist, einen Telefon- oder Telefaxanschluss bzw. ein E-Mail-Konto neu einzurichten, wenn er sich entschließt, in seinem Unternehmen auch Fernabsatzverträge abzuschließen?

[Weitere Informationen](#)

**28. Februar**                      **Schlussanträge Europäische Kommission / Bundesrepublik Deutschland (Rechtssache C-377/17)**

Die Klägerin beantragt, festzustellen, dass die Bundesrepublik Deutschland insofern gegen ihre Verpflichtungen aus Artikel 15 Absatz 1 Absatz 2 Buchstabe g und Absatz 3 der Richtlinie 2006/123/EG und aus Artikel 49 AEUV verstoßen hat, indem sie verbindliche Honorare für Architekten und Ingenieure nach Maßgabe der HOAI aufrechterhalten hat.

Die deutsche Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) enthält ein System von Mindest- und Höchstpreisen für Leistungen dieser Berufsgruppe. Dieses System erschwere die Niederlassung von Architekten und Ingenieuren, die mit Angeboten außerhalb des zugelassenen Preisrahmens mit etablierten Anbietern in Wettbewerb treten wollen. Diese Anbieter würden daran gehindert, Leistungen gleicher Qualität zu niedrigeren Preisen und Leistungen höherer Qualität zu höheren Preisen zu erbringen.

Dies stelle eine Beschränkung der Niederlassungsfreiheit dar, sowohl für die Zwecke von Artikel 15 Absatz 1 Absatz 2 Buchstabe g und Absatz 3 der Richtlinie 2006/123/EG, als auch für die Zwecke des Artikels 49 AEUV. Diese Beschränkung sei nicht gerechtfertigt, insbesondere nicht durch das Interesse an der Wahrung der Qualität der Dienstleistungen, welche nämlich in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Preis stehe.

[Weitere Informationen](#)

Inhaltsverzeichnis

## Binnenmarkt

Bewertung der Niederspannungsrichtlinie 2014/35 / EU  
10.01.2019 - 04.04.2019

Bewertung der EU-Rechtsvorschriften zum Designschutz  
18.12.2018 - 12.03.2019

## Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Institutionelle Angelegenheiten

Leichte Ausbauregelung für drahtlose Zugangspunkte für kleine Gebiete  
16.01.2019 - 10.04.2019

Zwischenbewertung des Programms zu Interoperabilitätslösungen für Verwaltungen, Unternehmen und Bürger (ISA2)  
07.12.2018 - 01.03.2019

## Energie

Konsultation zur Rolle des Euro im Energiebereich  
14.02.2019 - 31.03.2019

Konsultation zur Liste der in Frage kommenden Projekte von gemeinsamem Interesse in der Strominfrastruktur  
22.11.2018 - 28.02.2019

## Gerechtigkeit und Grundrechte

Bewertung der Bestimmungen der Richtlinie 2006/54 / EG zur Umsetzung des Vertragsprinzips "Entgeltgleichheit"  
11.01.2019 - 05.04.2019

## Lebensmittelsicherheit

Bewertung von Materialien für den Kontakt mit Lebensmitteln (FCM)  
11.02.2019 - 06.05.2019

Bewertung der Futtermittelzusatzstoffe-Verordnung  
12.12.2018 - 03.04.2019

## Migration und Asyl

Bewertung des Instruments der Schengen-Fazilität für Kroatien  
04.01.2019 - 29.03.2019

## Steuern und Zollunion

Bewertung der Verwaltungszusammenarbeit in der direkten Besteuerung  
10.12.2018 - 04.03.2019

### Inhaltsverzeichnis

## Umwelt

Entwaldung und Waldschäden - verstärkte Maßnahmen der EU

14.01.2019 - 25.02.2019

Umsetzung der Aarhus-Konvention durch die EU im Bereich des Zugangs zu Gerichten in Umweltangelegenheiten

20.12.2018 - 14.03.2019

Fitness Check der Wasserrahmenrichtlinie und der Hochwasserrichtlinie

17.09.2018 - 04.03.2019

## Verbraucher

Bewertung der Verbraucherkreditrichtlinie

14.01.2019 - 08.04.2019

## Wirtschaft und Industrie

Bewertung der Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen (EASME)

14.12.2018 - 08.03.2019

### Inhaltsverzeichnis